

# Hüter der Erinnerung



Museumsstücke: Propagandaplakate aus der Sowjetzone von 1945

Nur die Alten erinnern sich noch an die Zwangsenteignungen von Land und Schlössern in der DDR. Nach der Wende wurde vieles nicht zurückgegeben. Das Land bleibt in der Hand früherer Agrarreliten des Sozialismus. In einem verfallenden Herrenhaus kämpft ein alter Graf gegen das Vergessen an.

Von Philip Plickert

Der Weg zum Herrenhaus führt durch den Matsch. Rechts liegen die grauen Mauern der einstigen LPG-Gebäude. Ein „frühbarockes Herrenhaus im Fachwerkstil“ hat der Graf angekündigt. Es ist eine Bruchbude. Putzreste kleben an den Außenmauern, durch gesprungene Scheiben zieht der Wind, im Obergeschoss sind die Wände rußgeschwärzt, die meisten Räume unbewohnbar. Vor dem Haus wühlen die Hängebauchschweine Elsa und Isolda in ihrem Gehege. Hier also lebt Manfred Graf von Schwerin.

Nur mit Phantasie kann man sich vorstellen, wie dieses Fachwerkhaus im späten 17. Jahrhundert aussah. Hunderttausende Euro wird die Restaurierung kosten – Geld, das Schwerin, pensionierter Werbefachmann, nicht hat. Weil die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) das Herrenhaus in Nordbrandenburg nicht nutzte, verfiel es. „Gott sei Dank ist wenigstens das Dach jetzt dicht“, sagt Schwerin.

Im Büro im Erdgeschoss gibt es blaurote Graffiti an den Wänden; nach dem DDR-Ende tobte sich die Dorfjugend aus. Von hier aus führt der Graf die „Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE), also seinen Kampf für den Erhalt solcher historischer Baudenkmäler und gegen das Unrecht der einstigen Bodenreform, mit der in der sowjetisch besetzten Zone Zigttausende Familien enteignet und zwangs kollektiviert wurden. Und nach der Wende wurde ihnen ihr Eigentum in den meisten Fällen nicht zurückgegeben. Schwerin ist darüber verbittert.

Dass der Graf nun hier sitzt, in Plänitz, hängt mit einem Streit um den Gedenkstein im nahen Kyritz zusammen: Im Hotel Schwarzer Adler hatte vor siebzig Jahren KPD-Chef Wilhelm Pieck die Pläne zur Bodenreform verkündet. Großgrundbesitzer und größere Bauern, teils mit weniger als 100 Hektar, wurden enteignet. Sie wurden von ihren Höfen vertrieben, einige kamen in Lager und starben dort. 1970 hatte die SED in Kyritz einen Gedenkstein aufgestellt, der die „demokratische Bodenreform“ glorifizierte. Nach der Wende fielen von der Betonplatte immer mehr Buchstaben ab. Trotz klammer Kassen beschloss die Gemeinde auf Antrag der PDS, einen fünfstelligen Betrag für die Restaurierung der Bodenreform-Platte auszugeben.

Schwerin und andere empfanden es als Hohn, das kommunistische Denkmal herauszututzen. Von den Opfern war keine Rede. „Einige sagten: ‚Lasst uns Eier werfen‘, aber wir hatten eine besser Idee“, erzählt Schwerin. Er und seine Mitstreiter haben die Denkmalfeier umgewidmet. Sie haben vor der Betonplatte ein Kreuz aufgestellt, ein Musiker spielte ein Requiem. Und Schwerin verlas eine Liste mit Namen von Toten aus den elf Internierungslagern, in die Opfer der Bodenreform nach 1945 gesperrt wurden, als Kriegsverbrecher bezeichnet, ohne rechtsstaatlichen Prozess. Adlige und Großbauern waren der Klassenfeind in der Sowjetzone. Die Bodenreform war nicht nur ein Angriff auf ihr Eigentum, sondern ein Angriff auf eine ganze Gruppe von Menschen, die im neuen Staat keinen Platz mehr haben sollten. „Es gab eine erhebliche Repression. Die Gutsbesitzer wurden pauschal enteignet, entrechtet und mussten ihre Dörfer verlassen“, erzählt der Historiker Arnd Bauerkämper von der Freien Universität Berlin.

Manfred Graf von Schwerin war zwölf, als die Sowjets in den letzten Kriegsmonaten auf das 800-Hektar-Gut Ziethen sei-

ner Eltern in Vorpommern kamen. Sein Vater war NS-Gegner und noch im März 1945 von den Nazis verhaftet und wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt worden. Aber er konnte entkommen. Die Familie fuhr mit dem Traktor nach Westen und fand Unterschlupf in Lübeck. Dem Vater hatte es aber das Herz gebrochen. Der 59-Jährige setzte sich im Juli 1945 ans Klavier, spielte seinen geliebten Beethoven und fiel tot vom Hocker.

Heute steht unweit des Bodenreformdenkmals ein zweiter Gedenkstein. Er erinnert an die „Opfer der Zwangskollektivierung im sogenannten sozialistischen Frühling 1960“. Damals wurden an die 400 000 Kleinbauern, die nach der Bodenreform Land erhalten hatten, in die LPGs gezwungen. „Das zentrale Ziel der SED war, das private Landeigentum zu beseitigen“, erklärt Historiker Bauerkämper. Stalin hatte die SED-Führung schon 1952 zur Kollektivierung der Landwirtschaft gedrängt. Vorbild sollten die Kolchosen in der Sowjetunion sein. Es sollte so aussehen, als hätten die Bauern selbst um eine Zusammenfassung in Kollektiven gebeten. „Aber natürlich wurde massiv Druck ausgeübt“, erklärt der Historiker. Bis 1960 waren fast alle Äcker und auch das Vieh in LPGs eingebracht.

In der vom Grafen Schwerin geleiteten Aktionsgemeinschaft haben sich ein Dutzend Vereine mit einigen tausend Mitgliedern zusammengeschlossen, sowohl solche der meist adligen Alteigentümer, die bis 1949 enteignet wurden, als auch Vereine früherer Kleinbauern. Nach der Wende gab es für viele der Kleinbauern eine Enttäuschung: Die Regierung Kohl entschied, diese Enteignungen nicht anzutasten. Das sei Bedingung der Sowjetunion gewesen; doch Michail Gorbatschow, deren letzter Präsident, hat dem öffentlich widersprochen. Seitdem fühlen sich die Alteigentümer betrogen. Der Staat hat profitiert. Mehr als 6,5 Milliarden Euro hat er seit den neunziger Jahren durch den Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus Staatsbesitz eingenommen. Schwerin zischt: „Der bundesdeutsche Staat betätigt sich als Hehler.“

Auch mittelständische Unternehmen, Hotels, Handwerkerbetriebe und Fabriken wurden in der Zeit der sowjetischen Besatzung entschädigungslos konfisziert und nach der Wiedervereinigung nicht zurückgegeben. Den schleppenden Aufbau Ost nach 1990 führen manche Ökonomen auch darauf zurück, dass ein Großteil der Mittelschicht aus der DDR vertrieben worden war und nach der Wiedervereinigung nicht zurückkam. „Man wollte die in den Westen vertriebenen Eliten nicht“, resümiert der Hallenser Wirtschaftsforscher Ulrich Blum. „Das hat dem Aufbau schwer geschadet, weil der unternehmerische Mittelstand und die Eliten fehlten.“

Das Herrenhaus Plänitz war das erste Gut, das 1945 enteignet wurde. Graf Schwerin kaufte es vor zehn Jahren. Im Untergeschoss hat er ein kleines Dokumentationszentrum eingerichtet. Auf Leinwände haben Schüler in Schwarz historische Szenen gemalt. „Herren raus“, heißt es auf einem Transparent. Dahinter skizzierte Pferdewagen, auf denen vertriebene Eigentümer oder Flüchtlinge sitzen. Zusammen mit der ARE organisiert Schwerin eine kleine Ausstellung, die seit einem Jahr durch Schulen tourt. Und er sammelt Zeitzeugenberichte von enteigneten Familien. Eintausend Berichte hat er schon zusammen. Der Graf mit den wässrig-braunen



Das Leben ist frostig: Graf Schwerin und seine Frau harren im Herrenhaus aus, auch wenn es nicht leichtfällt.

Fotos Matthias Lüdecke

Augen steht vor einer Wand, an der Kopien alter Propagandaplakate hängen. „Junkerland in Bauernhand“ lautete der berühmte Spruch, auf dem Plakat sieht man einen Spaten, der Unkraut aussticht. „Rottet dieses Unkraut (gemeint waren die Junker) aus“, steht darunter. Die SED hatte nun Land zu verteilen. „Jetzt zupacken!“, rief ein anderes Plakat den Neubauern zu, die sich an Höfen und Gütern bedienen sollten.

„Die Parzellen der Neubauern waren so klein, dass die meisten sich wirtschaftlich kaum halten konnten“, sagt Historiker Bauerkämper. Nach wenigen Jahren gaben sie auf und schlossen sich den LPGs an. Die LPG bot Vorteile: Es gab sichere Bezahlung und Urlaub. Das gefiel vielen Kindern der Neu- und Kleinbauern. „Aber gerade die ältere Generation der Bauern hat den Verlust der Selbständigkeit als ganz bittere Pille empfunden“, erzählt FU-Historiker Bauerkämper. „Und es gab auch zuhauf Fälle von Verweigerung, die sich den LPGs nicht anschließen wollten. Die wurden dann bedroht und als ‚Agenten‘ oder ‚Provokateure‘ diffamiert.“

Einer davon war Emil Kort, zu dessen Sohn uns Graf Schwerin fährt. „Mein Vater hat zweimal im Zuchthaus gesessen“, erzählt Reinhard Kort in seiner Töpferwerkstatt. Emil Kort war ein kämpferischer Landwirt, der sich nicht in die kommunistischen Strukturen pressen lassen wollte. Seine Vorväter hatten sich hochgearbeitet, waren erst Arbeiter auf verschiedenen Gütern, dann selbstständig. Zuletzt hatte der Großvater knapp hundert Hektar Ackerland. Er war SPD-Mitglied, kritisierte die Adligen. Nach der Zwangsverei-

nigung mit der SED wurde er als „Großbauer“ ausgeschlossen. Nach und nach wurde ihm alles Land weggenommen. Er wurde „Viehpfleger“ in der LPG. Als der Stall zugemauert wurde, arbeitete er als Heizer in einem Kinderheim. Irgendwann hielt er es nicht mehr aus, spannte sein Pferd vor einen Karren und zog „wie ein Landstreicher“ durch die DDR. Inzwischen ist er tot. Emil Kort war ein freier, widerständiger Geist, der sich im DDR-System nicht brechen ließ.

Während Reinhard Kort vom Leben seines Vaters erzählt, knetet er seine bärenstarken Hände und streicht sich über den Schnauzbart. Er selbst hatte in der DDR eine kleine Töpferlei aufgemacht. Nach dem Untergang des Sozialismus hat er auf unglücklicher Tatkraft ein Vermögen aufgebaut: erst eine Gastwirtschaft, dann ein Hotel, dann ein verfallenes Schloss der Fürsten Blücher gekauft und renoviert, eine Anlage im neoklassizistischen Stil. In den Nebengebäuden sind Wohnungen eingerichtet. Kredite bekam er von der Sparkasse. „Mir hat niemand was geschenkt“, sagt Kort in brandenburgischem Dialekt. Zusätzlich hat er eine Saatkornfirma aufgemacht, die romanische Dorfkirche vor dem Verfall bewahrt. „Ich hab ja sonst keine Hobbys“, sagt er.

Nur die Sache mit seinem Vater und der LPG liegt wie ein Schatten über ihm. Als die Produktionsgenossenschaft in den frühen neunziger Jahren privatisiert wurde, ging Emil Kort leer aus. Wie zumeist wurde die LPG abgewickelt, die Kasse war plötzlich leer, die Pseudogenossenschaft musste Insolvenz anmelden. Bei etwa 95 Prozent der Umwandlungen der LPGs gab es grobe Fehler und Unregelmä-

ßigkeiten, ermittelte eine Studie des Juristen Walter Bayer von der Universität Jena. Der Großteil der einfachen LPG-Mitglieder wurde um die ihnen zustehenden Anteile gebracht. Sie bekamen fast nichts. Ihnen fehlte das Geld für einen Neuanfang, um Flächen zu pachten, Landmaschinen und Saatgut zu kaufen. Also gaben die meisten die Landwirtschaft auf, einige wurden Angestellte der LPG-Nachfolgeunternehmen. Die neuen Herren waren überwiegend die alten: die einstigen LPG-Bosse.

Über Nacht wandelten sich die alten LPG-Vorsitzenden, die „roten Barone“, in Agrarunternehmer, die über Hunderte oder gar Tausende Hektar verfügen. In der ostpommerschen Heimat des Grafen Schwerin beispielsweise gibt es heute einen ehemaligen LPG-Vorsitzenden, der weit mehr als tausend Hektar besitzt und „vierzehn Dörfer beherrscht“, wie Graf Schwerin sagt. Über die Vorgänge bei der Transformation der Agrarkollektive in Privatunternehmen hat der Politologe Uwe Bastian an der FU Berlin eine Dissertation geschrieben. Nach seinem Urteil haben jene sozialistischen Eliten, die einst in der DDR oben auf schwammen, noch heute das Sagen. „Bis zu 90 Prozent des Agrarlandes im untersuchten Gebiet Ostvorpommern befinden sich heute im Privatbesitz ehemaliger SED-Agrarfunktionäre“, resümiert Bastian.

Ein Großteil der von ihm gezählten 1600 Agrarbetriebe mit mehr als tausend Hektar in der Ex-DDR gehörte ehemali-

gen „roten Baronen“. Man kann leicht ausrechnen, dass die meisten von ihnen heute Multimillionäre sein müssen. Der Preis für Ackerland hat sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdreifacht, weil die Welt nachfrage nach Agrarrohstoffen so zugelegt hat. In Brandenburg stiegen die durchschnittlichen Marktpreise von rund 4000 auf 14 000 Euro je Hektar, in Mecklenburg-Vorpommern auf fast 20 000 Euro und in Sachsen-Anhalt auf sogar 23 000 Euro, teilt die bundeseigene Bodenverwaltungs- und -verwertungsgesellschaft (BVVG) mit. Tausend Hektar Acker sind damit je nach Region 14 bis 23 Millionen Euro wert. Und exzellent verdienen die heutigen Großagrarien auch an den Subventionen, welche die EU über die riesige Monokulturwirtschaft ausstüttet. 570 deutsche Agrarbetriebe gibt es, die mehr als eine halbe Million Euro Subventionen im Jahr beziehen. Die meisten liegen im Nordosten der Republik.

Wenn Graf Schwerin von den Geschichten der „roten Barone“ erzählt, spricht er noch schneller als sonst, die Worte plätschern wie ein Wasserfall aus seinem Mund. Er schimpft über „Subventionswindel“ und „Phantombetriebe“. Namen will er lieber nicht nennen. Mit den „roten Baronen“ habe er schon zu viel Ärger gehabt. Verbitterung hat sich in ihm aufgestaut. Doch er gibt nicht auf. Der über Achtzigjährige sitzt in seinem bröckeligen Herrenhaus, isst einen geräuchernden Fisch, blättert in Unterlagen und spricht über die Zukunft. Für diese Zukunft brauche es aber ein Fundament, das Erbe der Vergangenheit. Die Zukunft ist für ihn sein Kampf um das Herrenhaus Plänitz als Dokumentationszentrum für die Folgen der Bodenreform.